

Editorial

Nach dem Ende des Sowjetreiches und dem Fall des Eisernen Vorhangs sah es so aus, als hätte ein friedliches und grenzenloses Europa den Ost-West-Konflikt ein für alle Mal hinter sich gelassen. Deutschland, so glaubte man, sei erstmals seit der Gründung des Deutschen Reiches nur noch von Freunden umgeben und die europäische Völkergemeinschaft habe aus zwei Weltkriegen und dem Kalten Krieg die Konsequenz des „nie wieder“ gezogen. Die Möglichkeit eines Krieges auf europäischem Boden war derart unvorstellbar, dass sich Verteidigungsministerium und Generalität vorwiegend mit Abrüstungsfragen und dem Rückbau der Bundeswehr befassten. Die Pazifizierung des nationalen Selbstbewusstseins war schon lange derart fortgeschritten, dass jedweder Hinweis auf mögliche Bedrohungen von außen und die damit verbundenen Anmahnungen in Hinblick auf die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr, als reaktionärer Bellizismus abgetan wurden. Putin hat die Friedliebenden eines Schlechteren belehrt.

Nach dem friedlichen Rückzug der sowjetischen Militärmacht aus Osteuropa lag die Wiederbelebung einer aggressiven und kriegerischen Außenpolitik des russischen Nachfolgestaates außerhalb des Vorstellungsvermögens der deutschen und westeuropäischen Geopolitik. Die Entscheidung der in die Selbstbestimmung entlassenen ehemaligen Sowjetrepubliken, sich in das „Europäische Haus“ einzugliedern, erschien nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation ebenso folgerichtig wie die europäische Integration ehemaliger Ostblockstaaten. Nun versucht der militärisch-industrielle Komplex Russlands, sich dieser Entwicklung entgegen zu stellen. Das ist 30 Jahre nach dem Ende des Sowjetimperiums ein Epochenbruch.

Am 28. Februar vor 210 Jahren schlossen Russland und Preußen den Vertrag von Kalisch, der beide Staaten zu Bündnispartnern gegen die Expansion Napoleon Bonapartes in Europa machte. In den späten Jahren der DDR berief man sich dort auf diese preußisch-russische Waffenbrüderschaft als Vorlauf des Zwangsbündnisses mit der Sowjetunion. In seiner Frühzeit pflegte das SED-Regime ein radikales Antipreußentum. Der preußische Militarismus galt ihm als Vorläufer des Nationalsozialismus. Die Sprengung des Berliner Stadtschlusses und der Beseitigung seiner Überreste im Jahr 1950 sieht Gerd Callenius jedoch nicht in diesem Kontext. Die Beseitigung des Stadtschlusses sei erfolgt, um im Zentrum der Stadt einen „Roten Platz“ für Aufmärsche und Demonstrationen zu schaffen. Später dann, als die SED-Marxisten ihren Kleinstaat zu einer eigenen sozialistischen Nation auf deutschem Boden ausriefen, besannen sie sich auf die historischen Wurzeln ihres Herrschaftsgebietes und gerierten sich als rote Erben Preußens.

Janet Görner und Tobias Voigt haben in jahrelanger Arbeit vor Ort ein Konzept für die Umgestaltung des Gedenkortes Seelower Höhen entwickelt. Dort wo 1945 die letzte Entscheidungsschlacht vor den Toren Berlins tobte, überbaute das SED-Regime in den 70er Jahren die auf Befehl von Marschall Schukow in der Nachkriegszeit entstandene Erinnerungsstätte. An die Stelle der nach 1990 nur notdürftig bereinigten SED-Propaganda soll nach dem Konzept von Janet Görner und Tobias Voigt ein Museum zu Krieg und Frieden entstehen, das sich als modernes Antikriegsmuseum versteht.

Während auf den Seelower Höhen knapp eine Million Rotarmisten unter großen Verlusten den letzten Verteidigungsriegel der Wehrmacht vor der Reichshauptstadt durchbrachen war die Judenhelferin Helene Jacobs noch im Frauengefängnis Kantstraße 79 inhaftiert. Bis zu ihrer Verhaftung im Jahr 1943 hatte sie mit einer kleinen Gruppe evangelischer Christen aus der Dahlemer St.-Annen Gemeinde untergetauchten jüdischen

Mitmenschen geholfen und sie dem Zugriff der Nazi-Häscher entzogen. Der Berliner Privathistoriker und Anarchist Hans-Dieter Heilmann hatte sich in den 70er Jahren mit Helene Jacobs angefreundet und nach ihrem Tod einen Teil ihres Nachlasses in einer Kiste aufbewahrt. Diese enthielt Durchschläge ihrer Korrespondenz mit vielen Überlebenden der NS-Verfolgung, Briefwechsel mit Freundinnen aus der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Dokumente aus ihrer beruflichen Tätigkeit im Wiedergutmachungsamt nach 1945 und zahlreiche Fotos, die ihr wichtig waren. Wir stellen diesen Fund mit einigen biografischen Ergänzungen über diese tapfere Frau vor.

In einem weiteren Beitrag zur Geschichte der Berliner Haftorte nach 1945 präsentiert Peter Erler seine neuen Forschungsergebnisse zu diesem Aspekt der Stadtgeschichte. Dabei erläutert er auch die Verwendung des ehemaligen Frauengefängnisses in der Kantstraße 79 nach 1945, in dem u.a. Helene Jacobs und die Geiseln der Nazi-Justiz aus den Familien der Verschwörer des 20. Juli 1944 inhaftiert waren.

Bevor in Mitteleuropa die todbringenden Grenzanlagen des Eisernen Vorhangs abgebaut worden waren, wagten viele junge DDR-Bürger die Flucht in den Westen über sozialistische Bruderstaaten. Es kam dabei zu zahlreichen Festnahmen bei Fluchtversuchen und Rückführungen in die DDR. Eugenie Trützschler rekapituliert solche Fälle auf dem Gebiet der damaligen ČSSR und deren justizielle Aufarbeitung. Entschädigungszahlungen an die Betroffenen erstritt vielfach der Prager Anwalt Lubomír Müller.

Nach der Wiedervereinigung war Deutschland in seinem Staatsgebiet grenzenlos. Auf dem ehemaligen gegen Westflüchtlinge errichteten DDR-Sperrgebiet entstand dank der Initiative von Umweltschützern das „Grüne Band“ als zusammenhängender Biotopverbund. Teresa Felber stellt in ihrem Beitrag Überlegungen zur architektonischen Geschichtsbewältigung entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze an. Der Beitrag beruht auf ihrer preisgekrönten Masterarbeit „Von Teilung und Einheit“.

Werner Schulz hatte der ZdF-Redaktion kurz vor seinem Tod am 9. November 2022 einen Artikel über die erstaunliche Kehrtwende des ehemaligen DDR-Trainers Henrich Misersky in der Doping-Aufarbeitung zugesandt. Dieser nachgelassene Text erscheint unverändert, lediglich einige der Quellenhinweise wurden nachrecherchiert und korrigiert. Miserskys Vorgehen gegen seine frühere Mitstreiterin Ines Geipel ist von keinem Wissenskonflikt getrübt. Im Unterschied dazu schildert André Gursky, wie ein MfS-Vernehmer in Wissenskonflikte geriet, zum Sicherheitsrisiko für die DDR-Staatssicherheit und Beobachtungsfall wurde. Das galt auch für Romy Schneider, nachdem sie, wie Hannes Schwenger herausfand, sich für das „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus“ engagierte, um inhaftierten DDR-Schriftstellern zu helfen.

Ob Jürgen Habermas, als er 2001 den Begriff des Postsäkularismus in die Debatte warf, ungewollt das SED-Diktum bestätigt hat, nach dem das Absterben von Religion auf unbestimmte Zeit verschoben sei, diskutiert Hartmut Zinser. Für ihn ist der Begriff des Postsäkularismus aus guten Gründen unzulänglich, da er sich zu sehr aus den Positionen eines antireligiösen und kämpferischen Säkularisierungsbegriffs herleite. Kämpferisch im kommunistischen Sinne zogen die Töchter Ludwig Hammersteins gegen die Weimarer Republik zu Felde, was die jüngst erschienene Darstellung eines ihrer Nachfahren als aufrichtigen Antifaschismus zu bemänteln sucht, wie Manfred Scharrer unter „Buch und Diskussion“ darlegt. Dort und im Rezensionsteil dieser Ausgabe geht es wie immer um das weite Feld der Aufarbeitung und Folgen des DDR-Kommunismus. Das autobiografische Buch von Rüdiger Findeisen über seine grenzenlose Liebe zu einer jungen Schweizerin lieferte die Inspiration zu Titel und Titelbild dieser Ausgabe.

iA. Jochen Stadt